

Medienmitteilung

Thema	Parolen für die Abstimmungen vom 5. Juni 2016
Für Rückfragen	Benno Scherrer, Fraktionspräsident, 077 445 44 49
Absender	Grünliberale Partei Kanton Zürich Tel. +41 44 701 24 00, E-Mail zh@grunliberale.ch www.zh.grunliberale.ch
Datum	3. Mai 2016

Der Vorstand der glp Kanton Zürich hat an seiner letzten Sitzung die Parolen zu den Vorlagen vom 5. Juni 2016 gefasst. Auf kantonaler Ebene begrüssen die Grünliberalen die Änderung der Wählbarkeitsvoraussetzungen für Bezirksrichterinnen und Bezirksrichter. Bei den eidgenössischen Vorlagen folgt die glp Kanton Zürich den Empfehlungen der nationalen Partei: JA zum Fortpflanzungsmedizingesetz sowie zur Änderung des Asylgesetzes und NEIN zu den drei Volksinitiativen «Pro Service Public», «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen» sowie «Für eine faire Verkehrsfinanzierung».

JA zur Wählbarkeit von Bezirksrichterinnen und Bezirksrichtern

Die Grünliberalen unterstützen die Änderung des Gesetzes über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess. Das Laienrichtertum ist nicht mehr zeitgemäss. Es ist widersinnig, ausgebildeten Juristen den gesunden Menschenverstand abzusprechen. Die ausgebildeten Richterinnen und Richter verfügen über das notwendige Fachwissen – und sind genau gleich Menschen wie die Laien. Die Komplexität der Arbeit an den Gerichten nimmt immer mehr zu, daher ist es umso wichtiger, dass die Richterinnen und Richter über ein fundiertes juristisches Fachwissen verfügen. Es darf nicht sein, dass Verfahrensfehler von Laienrichterinnen und Laienrichtern zu mehr Arbeit und höherem finanziellen Aufwand an den Gerichten führen.

JA zum Fortpflanzungsmedizingesetz

Die Grünliberalen begrüssen die Änderung des Bundesgesetzes über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung und somit die Aufhebung des Verbots der Präimplantationsdiagnostik. Der Entscheid, welche medizinischen Möglichkeiten genutzt werden, soll bei den Eltern und nicht beim Staat liegen.

JA zur Änderung des Asylgesetzes

Die glp begrüsst die Asylgesetz-Revision, welche zu gezielten Verbesserungen in unserem Asylsystem führt. Die Verfahren werden beschleunigt und die Asylsuchenden haben schneller Klarheit über ihren Entscheid.

NEIN zur Volksinitiative «Pro Service Public»

Die Grünliberalen lehnen die Volksinitiative «Pro Service Public» klar ab, da diese den Handlungsspielraum von bundesnahen Betrieben massiv einschränken würde und somit negative Auswirkungen auf den Wettbewerb hätte.

NEIN zur Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen»

Die glp lehnt ein bedingungsloses Grundeinkommen ab. Das wäre nichts anderes als ein Recht, auf Kosten anderer zu leben. Das widerspricht den liberalen Grundsätzen der glp.

NEIN zur Milchkuh-Initiative

Die Grünliberalen lehnen die Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» dezidiert ab. Eine vollständige Zweckbindung widerspricht den heutigen Grundsätzen des schweizerischen Finanzsystems.